

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

657

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 24. September 1925 Nummer 139

Mobilisiert gegen den Westpakt

Die Reichsregierung für die Paktkonferenz — Die Leipziger Sozialdemokraten gegen den Heidelberger Parteitag Gueida von den Druzen genommen — 16000 Kommunisten in Italien verhaftet — Lebhaftige Angriffe der Riffabblen

Berlin, 23. September. Die entscheidende Kabinettsitzung über die Paktkonferenz hat heute nachmittags von 6 bis 9 Uhr stattgefunden. Sie hat mit dem Beschluß gerundet, daß die Einladung zur Konferenz angenommen wird und daß der Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann gemeinsam an der Spitze der deutschen Delegation zu dieser Konferenz reisen. Dieser Beschluß wird noch dem morgen vormittags 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindenden Kabinettsrat vorgelegt werden. Als Datum der Konferenz kommt vorläufig der 5. Oktober noch in Betracht. Sie wird voraussichtlich in Lugano oder Vajzen stattfinden.

Die Entscheidung der deutschen Regierung über die Beteiligung an den Paktverhandlungen ist, wie aus obigem Telegramm ersichtlich, gefallen. Die Reichsregierung einschließlich der Deutschnationalen hat nach gestern abend die Beteiligungsbeschlüsse. Für den die politische und wirtschaftliche Lage verfolgenden Arbeiter bedeutet die Entscheidung der Reichsregierung trotz des in den letzten Tagen stark ausgetragenen Gegenwertes keine Umkehrung. Die Machte der deutschnationalen und deutschsozialen Organisationen dienen nur dem Zweck, die nationalen, insbesondere kleinbürgerlichen Wähler, die von der „Realpolitik“ der Deutschnationalen Partei auf das bitterste enttäuscht sind, zu beruhigen. Deswegen stellte man für den Beginn der Paktverhandlungen noch die Bedingung über die Aufhebung des Artikels 16 des Völkerbundes. Deswegen entsandte man in einigen Kreisen der Deutschnationalen Partei eine Opposition. Die deutschsozialen Parteien erließen noch einen „Warnruf“ an die nationale Wählerschaft, in dem sie erklärten, „wir wollen nicht zu Verrätern werden.“ Indem sie das deutsche Volk zur Selbstbefreiung aufrufen und von der Regierung verlangten, nicht eher in Verhandlungen einzutreten, ehe die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege beseitigt, ehe das Recht der deutschen Minderheiten gesichert und gewährleistet sei. Man führte einen heftigen Kampf gegen die Außenpolitik Stresemanns. Daß diese Opposition nur eine Scheinopposition war, konnte jedermann klar sein; daß man wirkliche Konzeptionen von den Paktgenossen nicht erhalten konnte, stand auch für die Leute im deutschnationalen und deutschsozialen Lager fest. Festgelegt ist die Stellung der deutschen Kapitalisten im Sicherheitspakt. Bei der allgemeinen Lage der deutschen Schwerindustrie war es klar, daß der schwerindustrielle Flügel auch im Lager der Deutschnationalen Partei die Oberhand behalten werde.

Der Sicherheitspakt soll das seit den Verhandlungen in Spa mit allen Mitteln erstrebte Ziel, den Zusammenschluß der Schwerindustrie Frankreichs, zum Abschluß bringen. Wenn man voraussetzt, daß den jetzt beginnenden offiziellen Paktverhandlungen schon die Verhandlungen über den Abschluß französischer und deutscher schwerindustrieller Unternehmungen vorausgingen, wenn man die Rede Loucheurs für eine Wirtschaftskonferenz beachtet, dann kann man die plumpe Demagogie, mit der die deutschnationalen und deutschsozialen Gruppen ihre Anhänger zu täuschen versuchen, nur bewundern. Es war bei der allgemein festgelegten Linie der deutschen Kapitalisten deswegen auch keine weitere Umkehrung, daß die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen mit einer besonderen Erklärung den Unfall vorbereiten half. Die Deutsche Volkspartei, der treibende Faktor, erklärte, daß sie dem Treiben der deutschnationalen Organisationen gelassen gegenüberstehe, daß ihre Hauptgrundlage für den Sicherheitspakt festgelegt sei in: Sicherung der deutschen Westgrenze, Verkürzung der Rheinlandbesetzung, Räumung der ersten Zone, Bereitschaft zu östlichen Schiedsverträgen, friedliche Abänderung der unhaltbaren östlichen Grenze, Eintreten in den Völkerbund, Bekämpfung der Kriegsschuldfrage. Fallen gelassen wurde die Forderung, daß bei dem Eintritt in den Völkerbund aus dem Artikel 16 keine militärischen Verpflichtungen entstehen. Klar ist damit die Absicht der militärischen Front gegen Rußland gezeichnet.

Für die deutsche Schwerindustrie liegen die Dinge klar. Es geht um die Verbindung der französischen Erze mit dem deutschen Koks und gleichzeitig um die Ausnützung eines solchen wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit politischen Mitteln. Die Westorientierung der deutschen Industrie bedeutet den auf lange Sicht gestellten Kampf um die Selbstständigkeit. Sie bedingt die Auslieferung der Arbeitskräfte und der militärischen Kräfte Deutschlands an die westlichen Kapitalisten mit dem Versuch, auf den Rücken der westlichen Imperialisten Bewegungsfreiheit zu erreichen, eventuell wenn auch unter der Kontrolle und als Inbegriff der stärksten westlichen Mächte, zu einigen Ab-

Der Preisabbau eine Offensive gegen die Arbeiterlöhne

An die von der Luther-Regierung mit lautem Geschrei angekündigten „Preisabbau“-maßnahmen hat in Deutschland kein Arbeiter geglaubt. Selbst der durch und durch in reformistischem Jahrmärzler stehende Breslauer Gewerkschaftsleiter mußte erklären, daß die „Preisabbau“-ankündigungen der Luther-Regierung wirkungslos bleiben werden. Zur die Arbeiterchaft stand damit fest, daß sie, wenn sie eine Besserung und Hebung ihrer Lebenslage erreichen will, sie diese nur erreichen kann durch eine Erhöhung der Löhne der Arbeiterchaft. Der ganze Schwindel der Preisabbauaktion wurde von Anfang an aufgedeckt durch das besondere Entgegenkommen gerade der sonst immer über zu niedrige Einkünfte klagenden Industriellen. Dieses Entgegenkommen der Industriellen war geleitet von einer sehr durchsichtigen Absicht, nämlich

die Preislenkungsaktion zu einem Kampf gegen die Löhne

der Arbeiter zu benutzen. Sehr haben die sächsischen Industriellen die Offensive eröffnet. In einer Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes sächs. Industrieller am 17. d. M. hat dieser Vorstand zu der Preislenkungsaktion der Reichsregierung Stellung genommen. Wie der Telesion-Dienst heute mitteilt, erklärten die Industriellen dabei, daß die Aktion von allen Seiten der Wirtschaft unterstützt werden müßte und auch die sächs. Industrie sich mit allen Kräften daran beteiligen werde, daß aber für einen befriedigenden Erfolg die wirklichen Ursachen der Teuerung festgelegt und die preissteigernden Momente, auf die die Regierung Einfluß habe, ausgeschaltet werden. Hierzu gehörte der Gegenlag der Politik der Reichsregierung

in der Preislenkung — und in der Lohnfrage.

Es sei nach Ansicht des Gesamtvorstandes des Verbandes sächsischer Industrieller unmöglich, Preislenkungsmaßnahmen erfolgreich durchzuführen,

wenn die Löhne wie bisher allgemein steigen

und die Gewerkschaften eine Lohnbasis anstreben, die der Kaufkraft des Friedenslohnes entspricht, ohne daß die Produktion entsprechend vermehrt wird. Biefach werde die durch die Herabsetzung der Umlaufzeit gegebene Verbilligungsmöglichkeit inzwischen durch Steigen des Lohnniveaus wieder aufgehoben. Weiter fordert der Verband sächsischer Industrieller für diese Industriellen einen Abbau der Steuerlasten, einen Abbau der Bewohnungskosten. Das durch die Steuern gewonnene Kapital solle

nicht mehr in den Kommunalverwaltungen oder dem Staat zu produktiven Anlagen verwendet werden,

sondern als langfristige Hypothekendarlehen der Wirtschaft wieder zugeführt werden.

Die sächsischen Industriellen führen den Stroh gleich konzentriert mit aller Energie. Sie enthüllen ohne Rück-

sicht den wirklichen Zweck des Geredes von der Preislenkung. Es geht um einen Vorstoß auf die Löhne der Arbeiter. Ganz selbstverständlich fehlt in den Erklärungen des Vorstandes des Verbandes der sächsischen Industriellen nicht die oft wiederkehrende Behauptung der Unternehmer, daß an dem Steigen der Warenpreise das Steigen der Löhne schuld sei. Seit der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus von Karl Marx ist diese Behauptung schon oft widerlegt worden, daß man den Mut und die Ausdauer der Unternehmer, mit der sie diese Behauptung immer erneut bringen, bewundern muß. Fest steht doch, daß die Löhne der Arbeiter erst immer weit nach der Erhöhung der Preise steigen und weit hinter diesen zurückbleiben. Während die Preise der Waren weit über dem Friedenspreis sind, sind die Löhne der Arbeiter unter dem Friedensreallohn. Die sächsischen Industriellen sprechen ja mit ähnlicher Brutalität aus, daß die Kaufkraft des Friedenslohnes nicht erreicht werden darf. Ueber die Steigerung der Preise wollen wir nur kurz folgende Daten aus dem Reichsindex anführen. So stand der Lebenshaltungsindex zum Index von 1914 mit 100 im März d. J. auf 136, im Juni auf 138,3, im Juli auf 143,3 und im August auf 145. Gegenüber diesem geradezu reichenden Steigen des Reichsindex bleiben die Löhne ganz gewaltig zurück. Fast während der ganzen Zeit blieben die Löhne stabil. So betrug der Stundenlohn im Bergbau im Mai 95 Pf., im Juni und Juli dieselbe Summe. In der Metallindustrie ist die geringe Steigerung von 4 Pf. zu verzeichnen. In der chemischen Industrie liegt der Lohn in derselben Zeit um 1 Pf. Das Gegenteil der Behauptungen des Verbandes der sächsischen Industriellen ist also richtig. Der zweite Stroh, der von den Industriellen geführt wird, richtet sich gegen die Steuern. Als drittes verlangt man, daß der Ausbau der Kommunal- und staatlichen Betriebe eingestellt werde und das den Arbeitern durch Steuern abgeschundene Geld den Privatkapitalisten zu einem billigen Zinsfuß gepumpt werde.

Es tritt also das ein, was wir ständig vorausgesetzt haben. Wir haben gestern schon eine Mitteilung über die schwindelhafte Aufstellung der Indezahlen gebracht und daran nachgewiesen, daß, da dieser Reichsindex von den Schlichtern als Grundlage bei Lohnstreitigkeiten genommen wird, die Löhne sowieso bedeutend zu tief liegen.

Die sächsischen Metallarbeiter, Bauarbeiter und Holzarbeiter, deren Tarifvertrag in der nächsten Zeit abläuft, werden bei dem Abschluß des neuen Tarifs dieses Programm der sächsischen Industriellen zu beachten haben, und werden sich in ihren Lohnforderungen nach den Absichten der sächsischen Industriellen einstellen müssen. Gegenüber dem strengen Vorstoß der Industriellen auf die Lebenshaltung der Arbeiterchaft muß der Kampf der gesamten Arbeiter um die Erreichung des Friedensreallohnes gesetzt werden.

sahgebieten und Kohstoffquellen zu kommen. Die Bestrebungen zu einer eigenen imperialistischen Politik bedingen das Interesse der deutschen Industriellen an der Ausbeutung der Kolonialvölker, an der Unterdrückung der Erhebungen derselben und an der Niederwerfung Sowjetrußlands. Die deutsche Bourgeoisie verfolgt mit dem Sicherheitspakt einerseits die Herstellung des Bloks gegen Sowjetrußland, andererseits unternimmt sie den Versuch, die beiden stärksten europäischen imperialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen und den französischen Ring zu zerreißen. In diesem Falle betreibt die deutsche Regierung die Politik der englischen Kapitalisten. Die Aufstellung der Abänderung der Ostgrenze ist der Versuch, die bisherigen Verbündeten Frankreichs mißtrauisch gegen die französische Regierung zu stellen. Der Sicherheitspakt bedeutet den weiteren Versuch der Festigung der Stellung der deutschen Schwerindustrie, der verlängerten Restaurierung auf Kosten der Arbeiterchaft. Es ist deswegen selbstverständlich, daß die deutschnationalen Vertreter in der Regierung ihren Umfall so schnell vollzogen haben. Daß der Reichskanzler Luther mit dem Außenminister zu den Paktverhandlungen fährt, ist viel mehr eine weitere Täuschung der nationalen Wähler, als wie eine Sicherung gegen die Politik Stresemanns.

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt natürlich diese Stellungnahme der Regierung als einen neuen Erfolg ihrer Politik. Die Sozialdemokratische Partei hat es als ihre Aufgabe gestellt, die Arbeiterchaft Deutschlands ideologisch für dieses Paktbündnis vorzubereiten und zu bearbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei unterstützt damit die Ziele und Interessen der Schwerindustriellen. Welche Wirkung der Zusammenschluß der Industriellen und der Sicherheitspakt für die deutschen Arbeiter haben, wurde von uns schon oft klargestellt. Sicherlich wird die jetzt in Deutschland stattfindende Umgruppierung und stärkere Kartellierung noch weiter gefördert. Schon jetzt ergeben sich starke Zusammenhaltungen der Industrie, die mit einer verschärften Reaktion zusammenfallen müssen. Die Ausbeutung der in den Kartellbetrieben beschäftigten Arbeiter wird verstärkt. Der Zerfall der Kleinbetriebe muß zunehmen. Wie stark der Zerfall schon jetzt ist, zeigt die Mitteilung des Landesamtes über die Konkurrenz im Monat August in Sachsen und der Ausweis über die steigende Arbeitslosigkeit im September. Im Monat August allein sind 108 Anträge auf Konkursöffnung und 40 Anträge auf Geschäftsaufsicht gestellt worden. Die hohe Zahl zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Arbeiter und den Mittelstand an. Durch den Sicherheitspakt wird bei der allgemeinen Lage eine starke Hebung der industriellen Tätigkeit nicht zu erwarten sein, höchstens eine stärkere Zusammenfassung der Industrie in wenige Hände. So haben von diesem Westpakt die Arbeiter nichts zu erwarten. Für die Arbeiterchaft steht deswegen nicht die Frage der westlichen, sondern die Frage der östlichen Orientierung im Vordergrund. In Verbindung mit Sowjetrußland würde viel eher die Möglichkeit einer Hebung der Lage der deutschen Arbeiter gegeben sein. Die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft in Sowjetrußland schreitet ständig vorwärts. Die Notwendigkeit